



HESSISCHER LANDTAG

19. 02. 2019

Plenum

Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Energiepolitik neu denken - Bürgerwillen ernst nehmen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die klimaschädlichen CO₂-Emissionen in Hessen seit 2014 kontinuierlich steigen, nachdem sie in den Jahren zuvor deutlich reduziert werden konnten. Im Jahr 2016 (letzte verfügbare Angabe) wurden 3 Mio. t mehr ausgestoßen als 2014. Im Gegensatz dazu gelang es der damaligen CDU-FDP Regierung, die Emissionen von 2010 bis 2014 um 4,7 Mio. t zu senken. Die Klimaschutzpolitik der schwarz-grünen Landesregierung ist gescheitert. Hessen droht die klimapolitischen Ziele zu verfehlen. Ein Neustart in der Energiepolitik ist notwendig. Die Fixierung auf Windkraft, welche 2017 nur 1,3 % zum Primärenergieverbrauch beitrug, ist kein wirksames Instrument.
2. Der Landtag ist besorgt, weil die Windkraftpolitik der Landesregierung oft zur Spaltung von Orts- und Dorfgemeinschaften beiträgt. Einige profitieren finanziell, aber viele leiden unter massiven Belastungen. In einem offenen Brief haben die Landräte des Odenwaldkreises, des Main-Kinzig-Kreises und des Rheingau-Taunus-Kreises vor einer Überlastung der Kreise gewarnt, in denen das Landschaftsbild nahezu zu 100 % durch Windkraftanlagen beeinträchtigt werde. Die Landräte fordern eine Überprüfung des „Zwei-Prozent-Zieles“ und der Windvorrangplanung der Landesregierung. In Nordhessen klagen Kommunen gegen den Regionalplan, gegen den zuvor rund 47.000 Stellungnahmen von Bürgerinnen und Bürger vorgebracht wurden. Das Bundesamt für Naturschutz mahnt in seinem jüngsten Report „Erneuerbare Energien“ eine stärkere Berücksichtigung des Schutzgutes Landschaft an und warnt vor dem Verlust von Lebensräumen gefährdeter Arten. Der Landtag fordert die Landesregierung deshalb auf, das Zwei-Prozent-Ziel aufzugeben und zum Schutz von Anwohnern, Natur und Landschaft die Abstandsgrenzen von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung entsprechend der 10H-Regel zu bestimmen und die hessischen Wälder generell vor der Windenergienutzung zu schützen.
3. Der Landtag stellt fest, dass im Zusammenhang mit dem Bau von Höchstspannungsleitungen das Vertrauen vieler Bürgerinnen und Bürger in die Politik schwindet. Die Bundesnetzagentur hat durch Entscheid im Januar 2019 den Bau der Ultranet-Trasse durch Südhessen festgelegt, obwohl eine alternative Trassenführung zu geringeren Belastungen für Mensch, Natur und Landschaft führen würde. Die Bindungswirkung von wesentlichen Bestimmungen des Landesentwicklungsplanes wurde ausgehebelt. Der vom Hessischen Landtag beschlossene Mindeststand (400 Meter) von neu geplanten Höchstspannungsleitungen zur Wohnbebauung wird so zur Makulatur. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die beschlossenen landesplanerischen Vorgaben zum Schutz der Anwohner rechtlich verbindlich umzusetzen und selbst Alternativen zu dem von der Bundesnetzagentur festgelegten Trassenkorridor vorzuschlagen. Die den Bürgerinnen und Bürgern von CDU und Grünen im Koalitionsvertrag versprochene Verschwenkung der Wechselstromtrasse muss umgesetzt werden.
4. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass mehr als 50 % des in Hessen verbrauchten Stroms importiert wird und der Kohle-Ausstieg die Versorgung unseres Landes mit gesicherter Leistung gefährdet. Im Rahmen des Hessischen Energiegipfels waren sich die Teilnehmer einig, dass die „ausstiegsbedingten Lücken in der Energieversorgung“ durch konventionelle Kraftwerke modernster Technologie erfolgen solle. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, geeignete Standorte für neue emissionsarme Gaskraftwerke (insbesondere auf der Basis von Erdgas, Biogas oder synthetisch erzeugtem Gas) auszuweisen und sich dafür einzusetzen, bestehende Gaskraftwerke in Hessen besser in die Energieversorgung einzubeziehen.

5. Der Landtag ist in Sorge, dass die infolge planwirtschaftlicher Eingriffe und hoher EEG-Subventionen steigenden Energiekosten die hessischen Bürgerinnen und Bürger noch weiter belasten und die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen und damit viele Tausend Arbeitsplätze gefährdet werden. Die Landesregierung wird aufgefordert, auf eine Abschaffung des EEGs und ein Ende der Subventionen im Strommarkt hinzuwirken.
6. Der Landtag kritisiert, dass die Förderung der Energieforschung durch das Land Hessen in der Zeit von 2014 bis 2016 auf insgesamt 20 Mio. € reduziert wurde. In der Periode von 2011 bis 2013 standen über 30 Mio. € zur Verfügung. Im gleichen Zeitraum (2014 bis 2016) ist die Zahl der in Hessen angemeldeten Patente im Bereich erneuerbarer Energien auf 44 gesunken, nachdem zwischen 2011 und 2013 noch 91 Patentanmeldungen registriert werden konnten. Der Rückgang der Innovationstätigkeit um mehr als 50 % ist überdurchschnittlich. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Mittel für die Energieforschung zu erhöhen. Statt immer mehr Geld für Werbemittel und Kampagnen zur Verfügung zu stellen, sind Steuergelder im Sinne eines effektiven Klimaschutzes wirksamer im Bereich Forschung und Entwicklung investiert.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 19. Februar 2019

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock